



Nr. 214. Mittag-Ausgabe.

Siebzehnter Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 11. Mai 1875.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

65. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 10. Mai.)
11 Uhr. Am Ministerial-Camphausen, Achenbach, Friedenthal, Falz
und mehrere Commissarien.

Eingegangen sind vom Finanzminister ein Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung des Stempelselbs in Frankfurt a. M., ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 24. März 1873 über die Tagegelder und Reise Kosten der Staatsbeamten und ein Gesetzentwurf, betreffend die im Jahre 1876 vor Feststellung des Staatshaushalts zu leistenden Staatsausgaben; vom Handelsminister ein Gesetz-Entwurf, betreffend die anderweitige Regelung der Verpflichtung zur Leistung von Spann- und Handdiensten.

Nachdem in dritter Beratung der Gesetz-Entwurf über das Worms und schaftswesen in bloc definitiv genehmigt worden, folgt die erste Beratung des Gesetzes, betreffend den Ankauf und die Vollendung der Pommerschen Centraleisenbahn und der Berliner Nord-eisenbahn sowie die Verwendung der verfallenen Cautionen für die bezeichneten Eisenbahnhinternehmungen.

Abg. v. Benda will sich auf die Vorlage selbst gar nicht einlassen, hält aber die sie begleitenden Motive für ungültig und die mitgetheilten nachsten Zahlen zur Ausklärung und Begründung nicht für hinreichend; er beantragt daher ihre Verweisung an die Budgetcommission, die möglichst schon während der Ferien berathen und schriftlichen Bericht erstatten möge, damit das Haus sofort nach den Ferien die Angelegenheit erledigen könne.

Das Haus verweist die Vorlage an die Budgetcommission.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche und zwar zunächst die Generaldiscussion. Zum Worte melden sich gegen: Graf Praescha, Thissen, Respondet, v. Heermann und v. Gerlach; für die Vorlage: v. Sybel, Windhorst (Bielefeld) und Jung.

Abg. Graf Praescha: Wir gerathen mit unserer Gesetzgebung allmälig in ein mehrfach krankhaftes Stadium der Gesetzmacherei, bei dem ich nicht weiß, ob ich mehr über die Zumuthungen der Regierung staunen soll, oder darüber, daß das Haus die Verantwortlichkeit vor dem Lande übernehmen will, solche Gesetze zu sanctionieren. Wir sind in dem gegenwärtigen Momente des traurigen inneren Conflictes gerade am allerwenigsten in der Lage, schwer wiegende Gesetze zu machen. Denn nicht nur diese, sondern auch alle andern, die organisatorischen Gesetze sind durchzogen von dem Geist des höchsten Missbrauchs, welches die Regierung und die Majorität dieses Hauses einer ein gutes Drittheil der gesamten Bevölkerung vertretenden Partei entgegenbringt. Wenn später eine unbefangene Würdigung und Beurtheilung der Zeit, in der wir heute leben, Platz greifen wird, dann wird man erkennen, daß alle diese Gesetze der letzten Jahre nur ad hoc gelten sollten und wird mit einem Schlag mit dem ganzen Wust tabula rasa machen. Ich bessere es tief, daß man das vorliegende Gesetz nicht einer Commission überwiesen hat. Es verdiente, wenn irgend eines, die sorgsamste Prüfung und Vorberatung. Wir hätten doch einen Bericht über die Wirklichkeit der einzelnen Orden und der unter ihrer Leitung stehenden Institute erwarten können, wir hätten die Urtheile der Behörden und Communionen einfordern müssen, um zu entscheiden, ob wirklich bestehende Uebelstände eine so radikale Maßregel rechtfertigen. Das ist von keiner Seite geschehen. Im Gegentheil, alle uns zugelassenen Berichte stimmen in dem Urtheil über die segensreiche Wirthschaft fast aller dieser Orden überein. (Widerspruch links.)

Ja, m. h., die Regierung selbst hat wenigstens für eine große Zahl dieser Orden dieses Lob bestätigen müssen und in Folge dessen für diese Orden Ausnahmestimmungen getroffen. Als Grund dafür werden in den Motiven der Verbündeten im letzten Feldzuge verhoben. Aber ist das ein Lohn für große, von allen Seiten anerkannte Verdienste, wenn man auch diesem Orden die rechtliche Garantie ihres Bestehens entzieht und sie unter polizeilicher Aufsicht stellt? Das ist im Gegenthil der Ausdruck des höchsten Missbrauchs, wie es wohl einem Verbrecher, einem Sträfling gegenüber gezeigt wird, aber nicht denjenigen, denen man Dank schuldig ist. (Sehr wahr! im Centrum.) Wer nicht, wie ich als Maltezer, Gelegenheit hatte, die Mitglieder dieser Orden in den Kriegsstationen zu sehen, wie sie die von Phaenom und antekendem Typhus ergriffenen Kranken verspäten, oft genug mit Aufopferung ihres Lebens, der hat gar kein Urtheil über ihre Tätigkeit, und diese Unkenntniß allein kann in meinen Augen das wegweisende Urtheil des Herrn Petri einigermaßen entschuldigen. Orden, worunter Mitglieder der vornehmsten Geschlechter des Landes, ja selbst Verwandte unseres königlichen Hauses sich befinden, wollen Sie durch dies Gesetz aus unserem Vaterlande streichen. Wenn ich dies erwäge, so überkommt mich das Gefühl des Schmerzes und der Trauer, das aber noch weit zurückgedrängt wird durch ein anderes mächtigeres, das ist das Gefühl der Bitterkeit und der Verächtlichkeit darüber, daß mein eigenes, preußisches Vaterland so tief gefallen ist. (Oho! großer Unterricht links.)

Präsident v. Bennigsen: Herr Graf Praescha, eine solche Neuordnung ist durchaus nicht parlamentarisch und ich muß Sie wegen derselben zur Ordnung rufen.

Abg. Graf Praescha: Ich bedauere, daß wir verpflichtet sind, die Gefühle, die wir haben hier auszusprechen und es ist traurig, daß wir dies in parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr Ihnen können.

Präsident v. Bennigsen: Ich glaube das Zeugnis des ganzen Hauses aufrufen zu können, daß ich bei den schweren Kämpfen in diesen Debatten stets das äußerste Maß von Redefreiheit zu gestatten mir zur Pflicht gemacht habe. Was ich aber nicht gestatten kann, ist, daß Sie unser Vaterland schmähen. (Beifall.)

Abg. Graf Praescha: Es ist also das Gefühl der Beschämung darüber, daß es mein eigenes preußisches Vaterland ist, das einen solchen Lohn für Tugend und Verdienst gegeben hat. Fürst Bismarck kann den Kampf, den er heute führt, nur dann durchführen, wenn er gleichzeitig die anderen Nationen dazu bestimmt und es fehlt ja nicht an Anzeichen, daß er Verluste dieser Art vielfach gemacht hat. Über zur Ehre der anderen Nationen muß ich sagen, er ist mit diesem Versuch unterlegen; die Nationen waren klug genug, ihre Länder vor dem traurigen Beispiel des inneren Unfriedens, der in Preußen herrscht, zu bewahren. Ebenso habe ich das Vertrauen zu der ritterlichen Geistigkeit unserer deutschen Bundesstaaten, daß sie dem Angriffen des Fürsten Bismarck widerstehen werden, ihrem eigenen Lande einen so wenig ritterlichen Dienst zu leisten. Findet aber Fürst Bismarck in diesem traurigen Kulturkampf keinen Bundesgenossen, dann muß er darin unterliegen. Möglich, daß in dieser Krisis das Vaterland zu Grunde geht (Oho! links.); dann aber wird der Schuldige von den Feinden des Vaterlandes den gerechten Spott und Höhe ernten, von den wahren Freunden derselben aber die gerechte Verachtung. Unsere Partei, die früher wenigstens auf der rechten Seite dieses Hauses zahlreiche Bundesgenossen hatte, steht heute mit Ausnahme weniger Mitglieder der evangelischen Confession in diesem Hause fast allein. Wir bedauern das im Interesse unserer katholischen Kirche; aber die Ehre, für unsere Prinzipien weiter zu streiten, ist deshalb nicht geringer geworden. Wir werden diese Prinzipien fort und fort vertheidigen und unerschütterlich Position für Position weiter kämpfen und eine spätere Generation wird uns dafür Dank wissen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Sybel: Ich bessere nicht weniger, als der Vorredner die Fortdauer des Streites zwischen Staat und Kirche; ich bedauere, daß ein so ansehnlicher Theil meiner Mitbürger sich fort und fort über die wahre Natur des Streites hat verbreiteln lassen und weiter verbreiteln läßt, aber je entschiedener der Streit seinen wirklichen Charakter entwickelt, desto sicherer ist mein Vertrauen, daß dieser irregeleitete Theil der Bevölkerung an den heilsamen Wirkungen des Streites erkennt wird, auf welcher Seite das Recht gestanden hat. Der Vorredner hat vertragt, daß in Folge des Streites die Zahl der Gesetze bedeutend gewachsen ist, er scheint anzunehmen, daß in Zeiten eines solchen Conflictes die Legislative stille zu stehen verpflichtet ist. Je verwickelter die Verhältnisse sich gestalten, desto nothwendiger ist es, durch die Legislative an allen bedrohten Punkten die Stellung des Staates zu schützen, oder wäre es besser gewesen, wenn die Regierung sich ebenso, wie

in dem Streit des Jahres 1837 verhalten hätte? Die älteren Mitglieder des Hauses werden sich erinnern, wie damals die Liberalen ihr Prinzip billigten, von ihren Schriften sich aber fernhielten, weil sie nicht auf legislativem Wege geschahen. Es ist ein Fortschritt, daß die Regierung durch die Mitwirkung der Volksvertretung sich den nötigen Boden für ihre Tätigkeit schafft. (Abg. Krebs: Im Jahre 1837 gab es noch keine Volksvertretung.) Es gab keine Volksvertretung, aber eine legislative Tätigkeit. Der Vorredner sagte: Alle jetzt erlassenen Gesetze seien Gesetze ad hoc; einen Gesetz kann man kein besseres Zeugnis aussstellen, als daß man sagt, es sei ein Gesetz zur Bekämpfung eines bestimmten auftretenden Bedürfnisses. Auch die Vorarbeiten für das Klostergesetz sollen nicht ausreichen.

Die Staatsregierung hat das ihr zu Gebote stehende statistische Material in einem besonderen Buche zur Veröffentlichung bringen lassen; die Zulassung, einschlagende lehrreiche Bücher (Abg. Windhorst-Meppen: Lehrreiche!) nachzuholen, ist nicht so ungeheuerlich. Aller von uns kennen die Wirklichkeit der Orden, sowohl sie öffentlich ist, aus eigener Anschauung, soweit sie sich der Öffentlichkeit entzieht, wissen und erfahren die Behörden gerade so viel, wie wir alle, und wenn sie etwas verneinen, ist, wie wir lebhaft vom Ministerial-Camphausen gehört haben, keine Garantie, daß sie das Richtige und den Thatjahren entsprechend erfahren. Den Zweck der Orden giebt die neuzeitliche Rede des Hofräths Busch aus dem Jahre 1851, die der Abg. Windhorst (Meppen) allerdings eine „einfällige“ genannt hat, deutlich an: die Orden seien nicht nur bestimmt, die Glaubenssätze der katholischen Kirche in Deutschland zu verbreiten, sondern ihren Sieg in Norddeutschland zu besiegen, denn es ist ein Unheil, daß bei den damaligen Streitigkeiten Berlin nicht von den österreichischen Truppen besiegt worden sei. Die Authentizität dieser Rede sieht so, wie sie der Herr Cultusminister vorgetragen hat, durch die vom Vorstande jener Versammlung herausgegebenen Protokolle fest. Der Vorredner hat die Verwaltung des Ordensvermögens durch den Staat eine Confiscation genannt. Das Vermögen von aufgehobenen Corporationen fällt sonst, wenn nicht die Stiftungsurkunde etwas Anderes bestimmt, als herrenloses Gut an den Staat, es ist also kein Act der Unterdrückung, sondern der Liberalität, wenn der Staat das herrenlos werdende Gut nicht confisziert, sondern verwaltet will.

Es ist uns auch heute wieder mit diesem Pathos die 25jährige der jetzigen Interpretation widersprechende Interpretation der einschlagenden Verfassungsartikel entgegengehalten worden. Haben denn jemals unsere Staatsbehörden den Anspruch erhoben, infallibel und irreformabel ex sese zu sein? Haben sie sich gesträßt, nach Erkenntnis eines Irrtums dieser einzugeben? Hat nicht der höchste Gerichtshof seiner Zeit von Art. 4 der Verfassung ganz entgegengetzte Definitionen gegeben? Hat nicht das Ministerium Mantoux mit großem Pomp erklärt, daß es von dem Staat nur dem König und unserem Herrgott Rechnung abzulegen brauche? und andere ähnliche Ausschreibungen, die heute vollständig angegeben sind. Vor dem in dem Artikel 30 der Verfassung vertheilten, in dem Jahre 1851 erlassenen Vereinsgesetz sind alle kirchlichen Gesellschaften, welche Corporationsrechte haben, ausdrücklich ausgenommen, dieses Gesetz nimmt diese also auch von Art. 30 der Verfassung aus, da es ein Gesetz in Ausführung dieses Artikels ist. Die Orden und Congregationen haben auch selbst dokumentirt, daß sie nicht Lust haben, unter das Gesetz sich zu stellen, denn Art. 5 und 6 der Verfassung, die persönliche Freiheit gewährleisten, werden durch die Ordensregeln Art. 33, der die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses garantirt, durch die Controle des Briefwechsels der Ordensmitglieder durch die Oberen verletzt. Artikel 15, die Kirche ordnet ihre Angelegenheiten selbst, kann für diese Ungeleichheiten nicht gestellt gemacht werden, denn nach Artikel 12 ist der Genuss der bürgerlichen und staatsbürglerlichen Rechte unabdingbar von dem religiösen Beliebenisse. Nicht die Aufhebung, sondern die bisherige Existenz der Orden und Congregationen ist für jeden unbefangenen Menschenstand eine Verfassungswidrigkeit. Der Gehorsam der Ordensmitglieder soll — und das ist der einzige ausgegebene Grund — kein unbedingter sein, weil der Obere seinem Untergaben keine Sünde befehlen darf.

In einem mir in deutscher Übersetzung vorliegenden, von einem Franzosen, Dr. theol. und utriusque iuri, geschriebenen Buche, das im Utreit und in der Übersetzung die bischöfliche Approbation erhalten hat, heißt es ausdrücklich: Durch den Ordensprofos verliert der Mensch jede Gewalt und jedes Eigentumrecht über sich selbst. Ob das, was der Obere befiehlt, eine Sünde ist, hat also der Untergabe nicht zu prüfen, das bloße Factum, daß der Obere es befiehlt, ist ein hinreichender Beweis, daß der Befehl von Rechts wegen erfolgt ist. Der Gehorsam ist also ein unbedingter, ein nach den Landesgesetzen strafbarer. Daß durch die feste Organisation der Orden die Fertigkeit des Charakters ausgebildet wird, ist richtig; der Charakter entwidelt sich, wenn das geistige Selbst des Menschen von seinen schlechten Leidenschaften ferngehalten wird, ohne daß die Unterwerfung unter den fremden Willen den ganzen Menschen für immer umfaßt, wenn dies aber das ganze Leben geschieht, wird das geistige Selbst erdrückt. Wäre es nicht der Fall, so müßte man das Prinzip der despatischen Regierungen der afrikanischen Slavenstaaten acceptiren. Es ist uns die segensreiche Tätigkeit der Ordensschwestern auf dem Schlachtfelde geschildert worden. Ich erkenne sie an, hat aber nicht im Jahre 1870 die ganze Nation ihre Schuldigkeit gehabt? Weil ich das anerkenne, vermeide ich es, in meiner Polemik gegen den Fortbestand der Orden Material heranzuziehen, das zählt mir zu Gebote steht, Ihnen (zum Centrum) aber Belphemus und Aergerius bereiten würde. Dreimal auf Europa den Kreislauf der Orden von Energie und Enthusiasmus zur Erfüllung und Unabhängigkeit gegeben; beim Auftreten der Cluniacenser und Cistercienser zur Zeit Gregor VII., dann im 13. Jahrhundert beim Auftreten der Bettelorden, welches mit dem Culminationspunkt der Weltherrschaft des Papstes zusammenfiel, und endlich im 17. Jahrhundert, wo gegen den Protestantismus aus den bestehenden Orden der neue Orden der Gesellschaft Jesu heroberging. Wenn dieses Haus in patriotischem Gefühl beschließt, so kommt es zu dem Beschlüsse, die wahrhafte Mittel des Kampfes, welche der römischen Hierarchie zu Gebote stehen, nicht mehr in unserem eigenen Lande zuzulassen. (Beifall links.)

Abg. Windhorst (Meppen): Ich beweise sehr, daß Sie (links) ganz unbefangen in dieser Sache urtheilen; der Abg. Birchow hat allerdings gesagt, daß er auf dem Standpunkte der Civilisation und Kultur stände; aber aus dieser Selbstüberherrschung folgt doch noch nicht die Wirklichkeit. Die Majorität von Ihnen kennt das Klosterwesen gar nicht, oder nur aus Romanen von Eugen Sue und Confort. (Heiterkeit.) Der Kampf auf dem religiösen Gebiete zwischen den beiden Kirchen muß mit den Waffen des Geistes und der Wissenschaft geführt werden; dieses Gesetz aber ist eine Waffe der Polizei und des Zwanges. Die protestantische Majorität stimmt einem solchen Gesetz zu, ohne nur den geringsten Nachweis zu bringen, was denn den Orden zur Last gelegt werden kann; auf die vagen Redensarten und Ansprüchen in der Presse und auf Eugen Sue gebe ich nichts. Die Verfassungsartikel 12, 13, 15 und 30 werden offenbar verletzt; wir bringen diese Verfassungsbedenken nicht vor, um das Volk aufzuregen, sondern um bei allen ruhig denkenden Menschen das Bewußtsein zu erwecken, daß weder Recht noch Verfassung mehr gehalten wird.

Wenn man meint, es sei schädlich, daß die Orden die ganze Persönlichkeit des Menschen absorbieren, so sage ich, die persönliche Freiheit der Ordensmitglieder ist vom Staat genügend geschützt; sie dürfen jeden Augenblick

aufzutreten, können nach dem Reichsgesetz sogar heiraten, d. h. also der Staat

respektirt die Ordensgelübde nicht; weiter darf er nicht gehen, ohne den freien Willen zu binden. Die 7000 Frauen, die kleinen Kinder warten,

den Kranken helfen, dem Unterricht und der Erziehung sich widmen, sollen

dem preußischen Staat mit seiner enormen Macht der Bürokratie, der

Polizei, mit seiner ungeheurem Intelligenz (Heiterkeit) gefährlich sein!

Ich würde mich schämen, so etwas zu sagen. Von der volkswirtschaftlichen

Schädlichkeit der Orden kann ich nichts bemerken; sie haben meiner Ansicht

nach eine der nützlichsten Beschäftigungen, die es überhaupt geben kann.

Der § 1, der die Orden einfach aufhebt, ist in seiner Fassung so unjuristisch,

dass er interessante Prozesse herbeiführen wird und da werde ich zum ersten

Male wieder Advokat sein. Sie kommen in Widerpruch mit der Tradition

des preußischen Staates, das Landrecht setzt die Klöster voran; aber die

Zeiten schreiten schnell, und endlich im 17. Jahrhundert, wo gegen den Pro-

testantismus aus den bestehenden Orden der neue Orden der Gesellschaft

Jesu herobging. Wenn dieses Haus in patriotischem Gefühl beschließt, so

kommt es zu dem Beschlüsse, die wahrhafte Mittel des Kampfes, welche der

römischen Hierarchie zu Gebote stehen, nicht mehr in unserem eigenen Lande

zuzulassen. (Beifall links.)

Abg. Birchow (Bielefeld): Wenn der Vorredner die absolute Mo-

narchie vertheidigt hat, so gab er nur die Anscheinungen der römischen Hierarchie wieder, deren einziges Grundrecht für jeden Katholiken die Pflicht ist, dem unschönen Papst zu gehorchen. Er hätte aber die Regierung nicht aufrufen sollen, gegen den Freimaurerorden vorzugehen, denn nach meinem Wissen unterwarf dasselbe sich der Aufsicht des Staates und hat stets nur die Befreiung, nie den Hass gepredigt. (Gefüllung.) Ich nenne den Vorredner Männer wie Schiller, Lessing und Mozart, die Mitglieder des Freimaurerordens gewesen sind und frage ihn, ob er jetzt noch den Mut hat gegen den Freimaurerorden als solchen Beschuldigungen zu erheben.

Die Verfassungsmöglichkeit der Vorlage ist ganz unbestreitbar und der Vorredner hat die Behauptung der Verfassungswidrigkeit nur benutzt, um das Volk gegen die Regierung und die gegebenden Factoren aufzuregen. Nach Art. 30 der Verfassung haben alle Preußen das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht widersprechen, in Gesellschaften zu vereinigen. Die Orden aber, welche durch dieses Gesetz betroffen werden, verpflichten ihre Mitglieder zu einem nach dem Strafgesetzbuch nicht erlaubten unbedingten Gehorsam. Deshalb würden schon die bestehenden Gesetze ausreichen, um gegen die Orden einzuschreiten. Ich ertheile aber dem Vorredner die Regierung meine Zustimmung, weil es den Schein der Willkür haben würde, jetzt, nachdem die Orden trotz der bestehenden Strafgesetze so lange gebuhlt worden waren, die Strafgesetze in schärfer Weise zu handhaben. Die Orden sind auch keine Vereine im Sinne der Verfassung. Der Staat, in welchem die Schlägerei und Leibeigenschaft aufgehoben sind, hat die Pflicht, seine Angehörigen gegen die Aufhebung des freien Selbstbestimmungsrechts zu schützen. Das Ordenswesen ist ferner an sich volkswirtschaftlich verdächtig und bringt die größten sozialen Gefahren mit sich; durch die Orden sind jene Exercitien, Bruderschaften und Vereine gestiftet worden, die von Neuem den

confessionellen Frieden untergraben.

Als die Gemüthe der Katholiken durch den gegenwärtigen Kampf noch nicht erheitert waren, haben alle vernünftigen Katholiken sich über die Ausdehnung der Klöster bitter beklagt. Ja, als in den Jahren nach 1849 das Ordenswesen sich wieder auszudehnen begann, sind in einer der bedeutendsten katholischen Städte im nordwestlichen Deutschland — den Namen werden Sie wohl errathen — nicht nur von der Bevölkerung, sondern selbst von der Pfarrgeistlichkeit die Einwanderungen der Orden mit schlimmen Augen angesehen worden. Und noch heute wird Manche die guten alten Zeiten zurückwünschen, in denen den Pfarrgeistlichen, die gerade in jener Stadt ihrer seelsorgerischen Pflicht treu nachkamen, noch nicht durch die Ordensgeistlichen das Heil aus der Hand genommen war. Selbst von dem Orden der barnberger Schwestern, die uns bisher als die düstirgsten Blüthen am Baume des Katholizismus galten, wird behauptet, daß er sich auslösen wird, wenn dies Gesetz Wirklichkeit erlangt, daß den Schwestern eine Ausnahmestellung gewähren will. Geschähe das, so wäre das eine bittere Enttäuschung über den wahren Werth und die wahre Absicht dieser Institution, von der wir bisher annehmen durften, daß sie das Wert der Barmherzigkeit um der Barmherzigkeit willen habe. Aber nach der Auflösung werden wir wissen, daß sie von dem

Staates und auf Grundlage der Staatsgesetze errichtet worden; sie können also nicht so ohne Weiteres aufgehoben werden.

Verfolgt bemerkt Abg. Birkow, es sei ihm in seiner letzten Rede gar nicht eingefallen, zu behaupten, Bismarck folge jetzt der liberalen Partei. Er habe nur erklärt, daß die Regierung jetzt etwas als weise und verständig betrachte, wofür seine Partei und speziell er persönlich seit Jahren eingetreten sei.

S 1 wird hierauf angenommen.

S 2 handelt von der für die der Krankenpflege gewidmeten katholischen Genossenschaften zu machenden Ausnahme.

Abg. Röderath versichert, er stehe vollkommen auf dem Boden der modernen Entwicklung und sei gleichwohl ein warmer Freund des Ordenswesens. Die Möglichkeit der Auflösung jener Orden im Wege bloßer königlicher Verordnung stehe aber im Gegensatz zu der modernen Entwicklung des Staatswesens, welche das Gebiet, auf dem königliche Verordnungen erlassen werden können, möglichst einschränken sucht. Man zieht mit dem Erlass solcher Verordnungen das Staatsoberhaupt in die Tagespolitik, von der es fern gehalten bleiben muß. Auch werden die der Krankenpflege gewidmeten Orden es unter ihrer Würde erachten, unter polizeilicher Aufsicht und Bevormundung fortzuwirken.

S 2 wird angenommen.

Die §§ 3, 4 und 5 werden ohne Debatte genehmigt und das ganze Gesetz hierauf in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 89 Stimmen angenommen. (Dagen das Centrum und die Polen.)

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Dritte Beratung des Waldschußgesetzes; wiederholte Beratung der Aufhebung der Verfassungs-Artikel 15, 16 und 18; Wahlausprüfung; Petitionen. (Die Sitzung wird voraussichtlich die letzte vor den Pfingstfeiertagen sein.)

Berlin, 10. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Curator der Anstalt zur Erziehung sittlich verwahrloster Kinder, Rentier Nind zu Berlin, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Erziehungs-Inspector der selben Anstalt, Ramme, den Roten Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Rath Eitelsbinger in Bromberg in gleicher Amtseigenschaft an das Appellationsgericht in Breslau versetzt; den Grafen Georg Adolph zu Neuenburg und Bützow-Philippseck zum Oberamtmann in den Hohenzollernischen Landen; sowie den Regierung-Assessor Ludwig August Maximilian Leopold Zacharia zum Landrat ernannt; dem Obergerichts-Anwalt und Notar Ebbardt zu Hannover den Charakter als Justiz-Rath; dem Bau-Inspector Johann Theodor Bäseler in Heinsberg den Charakter als Baurath; und dem Gerichtsassistenten und Depositarius-Rendanten Reichel in Düsseldorf den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Die Wahl des Gymnasiallehrers J. Steinborth in Hadersleben zum Rector der höheren Bürgerschule in Löwenberg ist bestätigt worden. — Der bisherige königliche Landbaumeister Roland Brauweiler zu Köln ist zum königlichen Bau-Inspector ernannt und ihm die Bau-Inspector-Stelle zu Koblenz verliehen worden. — Dem Landrathe Ludwig August Maximilian Leopold Zachariae ist das Landratsamt im Kreise Bist übertragen worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Wagner zu Wittstock ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht zu Berlin versetzt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Kniebusch zu Gubtau ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Grossen mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Berlin, 10. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen, nach höchstes Rückkehr aus Italien, sowie den Reichsfanzler Fürsten von Bismarck.

Heute empfingen Se. Majestät auf dem Ostbahnhofe, umgeben von sämlichen königlichen Prinzen und militärischem Gefolge Se. Majestät den Kaiser von Russland, erhielten und erwideren den Allerhöchsten Besuch und nahmen den Vortrag des Civil-Cabineis entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern dem Gottesdienste in der Matthäuskirche bei. — Im königlichen Palais fand ein Familiendiner statt. — Ihre Majestät empfing heute den Besuch Sr. Majestät des Kaisers Alexander von Russland nach Seiner Ankunft, und erwiederte denselben im Kaiserlich russischen Botschaftshotel. — Das Familiendiner war bei den Kaiserlichen Majestäten im Palais. (Reichsanz.)

○ Berlin, 10. Mai. [Der Kaiser von Russland. — Parlamentarisches. — Prozession.] Die Anwesenheit des Kaisers von Russland drängt selbstverständlich alle sonstigen politischen Interessen in den Hintergrund, zumal unter den augenblicklichen Verhältnissen wohl Niemand in Abrede stellen wird, daß der mehrtägige Aufenthalt, wenn auch keinen politischen Anlaß und unmittelbaren Zweck, doch eine eminent politische Bedeutung hat. Seit 1871 ist die innige Verbindung zwischen Russland und dem deutschen Reich der feste Grund der europäischen Continentalpolitik, der Grund, auf welchem die Dreikaiservereinigung und in weiterer Folge die Heranziehung des Königs von Italien stattgefunden hat. Die Gesinnungen der Monarchen und Staatsmänner, auf welcher jene feste Verbindung beruht, sind unverändert geblieben und können in jeder neuen Zusammenkunft nur eine neue Gelegenheit zu wirksamer Bewährung finden. Gegenüber den Unklarheiten, welche durch gewisse Vorgänge der letzten Wochen in die europäische Situation gebracht sind, wird es von großer Wichtigkeit sein, daß die beiden Kaiser und ihre ersten Minister Gelegenheit finden, sich vertraulich über die Erfordernisse der Lage und über die etwaigen Mittel zu weiterer Bewahrung der vor drei Jahren inaugurierten gemeinsamen Politik zu verständigen. Es ist nicht gesagt, daß positive Ergebnisse dieser vertraulichen Verständigung in unmittelbarer actueller Bedeutung hervortreten werden — aber je acuter nach gewisser Richtung hin die politischen Stimmungen geworden sind, desto mehr wird schon die notorische Thatsache weiterer vertraulicher Verständigung unter den beiden mächtigen Staaten ins Gewicht fallen. Es bedarf andererseits kaum der Mahnung an das politische Publikum gegenüber den unvermeidlichen Übertriebungen und positiven Ankündigungen der allzeit fertigen Conjecturalpolitik auf der Hut zu sein. Die „Frank-Zeitung“ weiß bereits, daß das letzte Conseil sich auf die Abmachungen mit Russland, auf ein Schutz- und Trutzbündniß, das Bismarck habe formulirt vorlegen müssen, bezogen habe — und andere solche Kleinigkeiten. — Man darf sicher sein, daß dasjenige, was wirklich zur Befreiung kommt, weder im Voraus, noch gleich darauf zur Kenntnis der betreffenden Correspondenten gelangen wird. — Die Combinationen der Zeitungen über die parlamentarische Session des nächsten Winters schwelen vollständig in der Lust. Die neueste, daß der Landtag im November und der Reichstag im December berufen werden sollte, ist gewiß unrichtig, denn damit würde praktisch absolut Nichts zu erreichen sein, weder eine Erledigung des Budget, noch die anderen dringenden Aufgaben. Es wird wohl bei der früheren Reihe folgen, wie sie auch der Minister Camphausen als vorläufig unumgänglich bezeichnet hat, sein Bewenden haben. — Der heute Mittag zu einer ersten Sitzung versammelte Bundesrath erledigte eine Reihe von Angelegenheiten untergeordneter Art. — Wie bekannt geworden, liegt es in der Absicht der katholischen Kirchenoberen, im Laufe dieses Jahres, aus Anlaß des Jubeljahres, außerordentliche, also nicht hergebrachte Processionen zu veranstalten. Die hierzu nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erforderliche polizeiliche Genehmigung soll nach Rescripten des Ministers des Innern und des Cultusministers überall verfugt werden, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der Abhaltung der beabsichtigten Processionen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist.

[Marine.] Sr. M. Kanonenboot „Nautilus“ ist am 8. Mai c. in Lissabon angekommen. An Bord alles wohl. Sr. M. Kanonenboot „Meteor“ hat am 5. d. M. Constantinoval verlassen und ankerte am 7. c. Nachts in Galatz.

[Complot.] Die „Post“ schreibt: Mehrere Zeitungen bringen die Nachricht von einem gegen die Person des Fürsten Reichsfanzler und des Cultusministers Dr. Falz gerichteten Complot. Diese Nachricht ist, wie aus dem hierher gelangten amtlichen Mittheilungen hervorgeht, leider nicht ohne ernste Unterlage. Die Spuren, soweit sie bis jetzt haben entdeckt werden können, weisen auf polnische Gesellschafter als Anstifter des Complots und auf drei dem Namen nach bereits bekannte Individuen als zur Ausführung desselben gebunden hin. — Wie es scheint, hat in dem vorliegenden Falle der religiöse Fanatismus sich nicht ohne Erfolg an den politischen gewandt.

Cleve, 10. Mai. [Der Redakteur des hiesigen ultramontanen „Volksfreundes“.] Clementarlehrer Voß, ist wegen Beleidigung des Staatsministeriums in einem Artikel über das Brotfotogesetz von der Appellkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Aachen, 8. Mai. [Petition.] In der heute unter Hinweis auf die §§ 38 und 40 der Städte-Ordnung abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung beschlossen die anwesenden 13 Mitglieder laut der „Aach. Ztg.“ einstimmig, an die beiden Häuser des Landtags eine Petition einzureichen, dahin gehend, die in unserer Stadt bestehenden Klöster vom „armen Kinde Jesu“, „vom guten Hirten“ und der „Franziskanerbrüder“ fortbestehen zu lassen.

Köln, 10. Mai. [Die hessischen Agnaten] haben, wie die „Kölner Zeitung“ meldet, gegen die Verfügung des Oberhofmarschallamtes in Wien, nach welcher die Silberkammer als preußisches Eigentum an den deutschen Botschafter ausgeliefert werden soll, Rekurs eingelegt und werden die derzeitigen Vermöhrer die Herausgabe verweigern.

Frankfurt, 9. Mai. [Verhaftung.] Die „Fr. Z.“ meldet: Der seitherige verantwortliche Redakteur der Frankfurter Zeitung, Herr Otto Hörr, ist diesen Morgen zwischen 6 und 7 Uhr in seiner Wohnung verhaftet und in das Gefängnis auf dem Klappergelde abgeführt worden. Herr Hörr ist im Ganzen zu 6 Monaten Gefängnisstrafe verurtheilt. Jedoch hat keine seiner Verurtheilungen bis jetzt die Rechtsskraft erlangt. Die unerwartete Verhaftung kann also nur auf Grund des § 109, Satz 2 der Strafsprozeß-Ordnung erfolgt sein, demzufolge „Beschuldigte, welche zu einer Monatlichen oder längeren Gefängnisstrafe bereits, wenn auch noch nicht rechtskräftig verurtheilt sind, stets in Haft zu nehmen seien, insoweitne die Gefahr der Flucht nicht durch besondere Umstände ausgeschlossen scheint.“ Solche besondere Umstände waren in dem vorliegenden Falle nun allerdings vorhanden. Von keinem der Redacteure der „Frankfurter Zeitung“, welche noch zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt worden sind, ist jemals ein Fluchtversuch gemacht worden. Alle haben ihre Haft „ordnungsmäßig“ verbüßt. Herr Hörr hatte sich sogar schon in dem Gefängnis erkundigt, ob „Mag“ für ihn sei, aber erfahren, daß alles überfüllt sei. Er war auch dieser Tage bei dem Herrn Staatsanwalt, um bezüglich der demnächst anzutretenden Haft Rückfrage zu nehmen, traf denselben jedoch nicht an. Jeder Gedanke an einen Fluchtversuch war somit durch die ganze Stellung der „Frank. Ztg.“, sowie durch die Persönlichkeit des Herrn Hörr ausgeschlossen, und wir wären doch begierig zu erfahren, worauf die Staatsanwaltshaft den Verdacht eines Fluchtversuches zu gründen versuchen wird.

München, 10. Mai. [Enthüllung der Gedenktafeln.] Heute hat die feierliche Enthüllung der Gedenktafeln stattgefunden, welche die Stadt München ihren in den Jahren 1870 und 1871 gefallenen Angehörigen in der Vorhalle des Rathauses errichtet hat. Abteilungen der sämlichen hier garnisonirenden Regimenter, die Krieger- und die Veteranenvereine waren ausgerückt. Die Prinzen Luitpold, Leopold und Arnulf, sowie der Herzog Ludwig in Bayern, sämliche Minister, die Spitäler der Behörden, die Generalität und die dienstreichen Offiziere der Garnison wohnten der Feier bei. Der Bürgermeister Erhardt hielt eine feierliche Ansprache, welche mit einem Hoch auf den König von Bayern schloß. Prinz Luitpold sprach im Namen der Armee für diese die Gefallenen ehrende und die Armee zu neuen Thaten anspornende Feier seinen Dank aus. Die Festlichkeit schloß mit einem Vorbeimarsch der Truppen und aller Vereine vor dem Prinzen Luitpold.

Schweiz.

Bern, 4. Mai. [Bern gegen Freiburg.] In seiner heutigen Sitzung, schreibt man der „A. Z.“, beschäftigte sich der Regierungsrath des Cantons Bern mit einem Schreiben der ultramontanen Regierung des Cantons Freiburg, in welchem seine Intervention angerufen wird, damit die katholische Kirche in Bern dem römisch-katholischen Cultus zurückgegeben werde, weil nur in der Absicht, den römisch-katholischen Bewohnern der Bundesstadt zu Hilfe zu kommen und den betreffenden Mitgliedern der Bundesversammlung zu ermöglichen, einem würdigen römisch-katholischen Gottesdienst beizuwohnen, die Regierung sowohl als die Bevölkerung des Cantons Freiburg Beiträge zum Bau dieser Kirche geleistet haben. Immerhin wünscht die freiburger Regierung, daß man diesen Schritt nicht als eine Einmischung in die Angelegenheit des Cantons Bern betrachten möge. Der Regierungsrath des Cantons Bern hat dieses Schreiben zunächst dahin beantwortet, daß er trotz aller entgegengesetzten Versicherung dasselbe als eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Berns betrachten müsse, welche er von vornherein kurz von der Hand weise. Dazu berechtige ihn schon der einzige Umstand, daß, als er sich anlässlich der Abstimmung über die Bundesrevision über Schwierigkeiten, welche im Canton Freiburg anlässlichen Bauern bei der Ausübung des Stimmrechts in den Weg gelegt worden seien, beklagt habe, sein Gesuch, die Sache zu untersuchen, rundweg mit dem Bedenken abgeschlagen worden sei, daß die freiburger Regierung von Bern keine Einmischung in die Angelegenheiten ihres Cantons dulde. Dann fährt der bernere Regierungsrath in seiner Antwort des Weiteren fort:

Wahr ist allerdings, daß die Kosten für Erbauung der katholischen Kirche in Bern aus Beiträgen der Bürgerschaft, des Cantons Bern, der Regierungen der katholischen Cantone und von Privaten zusammengebracht wurde, und der Regierungsrath zweifelt keineswegs, daß aus dem Canton Freiburg erledigte Beiträgelossen. Die Geschenke wurden geleistet zum Bau einer katholischen Kirche in der Stadt Bern; keinem der Schenker fiel es ein, den Vorbehalt zu machen, daß die Kirche dem römisch-katholischen oder dem alt-katholischen Cultus dienen solle. Ein solcher Vorbehalt konnte damals gar nicht gemacht werden, da es zu jener Zeit eben nur einen katholischen Cultus gab. Der Regierungsrath hält aber dafür, derjenige Cultus, welcher heute von den Alt-katholiken in der hiesigen katholischen Kirche ausgeübt wird, sei eben der wahre katholische Cultus und die Kirche diene danach gerade ihrer ursprünglichen Bestimmung. Es sei durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, die Beiträge für Erbauung der katholischen Kirche in Bern seien geleistet worden, damit diese Kirche ausschließlich den heutigen römischen Katholiken angehören sollte. Die Kirche gehört vielmehr den katholischen Kirchengemeinde Bern an, welche sich nach der Berner kirchlichen Gesetzgebung constituiert, u. A. auch einen Kirchengemeinderath gewählt hat, welchem die Verfügung über die Benutzung der Kirche in erster Linie zusteht. Und was hat nun dieser Kirchengemeinderath gethan? Er hat allerdings den Professoren der katholischen Facultät die Bewilligung ertheilt, in der Kirche Gottesdienst zu halten, immerhin aber unter dem bestimmten Vorbehalte, daß dadurch der eigentliche Kirchengemeindegotodienst, welcher von einem römisch-katholischen Geistlichen gehalten wurde, nicht beeinträchtigt werde. Es ist daher wieder durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, die Kirche sei den Alt-katholiken ausgeliefert oder es seien die römischen Katholiken aus derselben vertrieben worden. Wenn die Letzteren von der ihnen noch heute zustehenden Besitzung

nih, ihren Gottesdienst in der katholischen Kirche abzuhalten, keinen Gebrauch machen, so ist dies ein Gebaren, das zwar den heutigen römisch-katholischen Anscheinungen entsprechen mag, keinenfalls aber etwas mit christlichen Grundsätzen gemein hat. Der Regierungsrath ist daher nicht im Falle, dem Interventionsgesuche der Regierung von Freiburg zu entsprechen, kann sich aber schließlich der Bemerkung nicht enthalten, daß er es angemessen finde, wenn sie ihren Einfluß dahin verwenden wollte, daß die römischen Katholiken eine verträglichere Haltung annehmen, statt dieselben durch völlig unmotivite Reklamation in ihrem Widerstande gegen die Staats-Ordnung zu verstärken.

Im Sinne dieser Antwort wird wohl auch der Prozeß ausfallen, welchen die Römisch-Katholischen wegen des Eigentumsrechtes an der hiesigen katholischen Kirche erhoben haben.

Bern, 6. Mai. [Die in Delsberg versammelte gewese katholische Synode des Kantons Bern] hat gestern ihre Bevölkerungen beendigt, deren Hauptresultat der principielle Anschluß an die Christkatholische Kirche der Schweiz ist. Der Synodalrat des Kantons Bern wurde aus vier geistlichen und fünf weltlichen Mitgliedern bestellt. Die ersten sind die Herren Professor Görgens, Pfarrer Migg, Pfarrer Deramey und Pfarrer Portaz; die letzteren Seminar-Director Fréche, Handelsmann Fromegat, Fürsprecher Rem, Redacteur Gähmann und ein Herr Piquere. Die nächste Versammlung der Berner Synode, welche auch bereits die Vertreter für die am 14ten Juni einberufene katholische National-Synode gewählt hat, findet im Herbst statt. Unlänglich sei mitgetheilt, daß der Berner Regierungsrath dem Bundesrat auf eine nochmalige Anfrage, betreffend die Aufhebung der Ausweisung der renitenten ultramontanen Geistlichen aus dem Tura erwidert hat, daß seine definitive Antwort erst erfolgen könne, wenn der am 10. d. M. zusammentretende Große Rath das neue Gesetz über den Privatkultus religiöser Genossenschaften verabschiedet.

Provinzial-Zeitung.

d. Breslau, 7. Mai. [Bezirksverein südlich der Berlin-Bahn.] In der am 5. d. M. unter dem Vorsitz des Kaufmanns Wienanz abgehaltenen Sitzung gelangten nach Verleistung des Protocols der leichten Verhandlung zwei Schreiben des Magistrats zur Mittheilung. In dem ersten Schreiben teilt Magistrat mit, daß die Canalisation der Neudorfstraße für dieses Jahr in Aussicht genommen werden ist. Auf ein zweites Gesuch des Vereins, in welchem um Abstellung des Uebelstandes, daß bei Anlage von Privatzweigleitungen die Bewohner der Neudorf-, Sadowan-, Nachod-, Brunn- und Sedanstraße tagelang des Wassers entbunden müssen, gebeten wird, antwortet der Magistrat dahin, daß die Hervorhebung eines solchen Uebelstandes wohl auf einem Irrthum beruhen müsse, da eine tagelange Absperrung wegen Anlage einer Privatzweigleitung nicht zu constatiren sein werde, ein solcher Fall am allerwenigsten aber häufig vorkommen sein könnte, zumal nur in den seltenen Fällen der Hauptstrang durch einen Schieber abgesperrt wird, da die Anbohrung bei gefüllter unter Druck stehender Hauptleitung erfolgt. Wenn übrigens seitens des Vereins als Mittel zur Beseitigung des gerügten Uebelstandes die Anbringung von Schiebern und eine Verbindung des Nöhrengeges des angeführten Strafen mit der Bohr- oder Löhestraße vorgenommen werden, so sei hierauf zu bemerken, daß sich am Eingange jeder der benannten Straßen bereits ein Absperrschieber befindet, die Straßen aber, um 2 Schieber zu haben, zu kurz sind und eine Verbindung der parallelen Straßenstränge der Sadowan-, Nachod-, Brunn- und Sedanstraße mit dem Strange der Bohr- oder Löhestraße schon um deshalb erfolglos sein würde, weil bei einer Anbohrung auf einer der zu Strafen der betreffende Strange vollständig entleert werden müsse und die Consumenten somit während dieser Zeit auch kein Wasser beziehen könnten. — Der hierauf gestellte Antrag, daß königl. Polizei-Präsidium mit Rücksicht auf das bereits vorherige Jahr gegebene Versprechen zu ersuchen, die Direction der Oberleitungen Eisenbahn zu sofortiger Ausführung der Unterführung der Neudorfstraße unter der Verbindungsstraße anzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen fand folgender Antrag Annahme: Das königl. Polizei-Präsidium zu ersuchen, dasselbe möge den Magistrat veranlassen, daß, so lange die Regulirung der Löhe- und Brunnstraße noch aussteht, wenigstens die an die betroffenen Straßen angrenzenden tiefen Straßengräben umtriebig werden, damit Unglücksfälle von Menschen und Thieren, wie solche bereits vorgekommen, in Zukunft vermieden werden.

Bei der folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Kaufmann Wienanz zum Vorsitzenden, Maurermeister Böck zum stellvertretenden Vorsitzenden, Secretär Geisler zum Schriftführer, Zimmermeister Engert zum stellvertretenden Schriftführer, Kaufmann Oy zum Kassier, ferner die Herren: Dr. med. Tschörliner, Glasermeister Limprecht, Hausbesitzer Rung, Kaufmann Kördeky und Tischlermeister Förster zu Auskubmitgliedern. — Das Stiftungsfest des Vereins soll am 12. d. M. durch eine Fahrt nach Hünern gefeiert werden.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

In der Sitzung der medicinischen Section am 23. April 1875 referirt Herr Dr. Litten über einige Fälle, welche er in letzter Zeit sieht hat.

1) Eine 42jährige Frau litt an beständigen Metrorrhagien, welche theils zur Zeit der Menstruation, theils außerhalb derselben auftraten. Bei ihrer Aufnahme im Hospital wurde ein großer, vor der vorderen Wand des cervix uteri ausgehender Tumor constatirt, welcher in die Vagina hineinragte. Sehr bald traten Flieherscheinungen ein, die Anämie und Herzschwäche nahmen zu, und es erfolgte der Tod unter den Ercheinungen hochgradigen Marasmus. Die Section ergab folgendes: Sehr starke Anämie der Hauenden und sämliche inneren Organe. Ascites der unteren Extremitäten mit Thrombose der Venen und der ven. sem. Anämie und Ödem der Lungen. Totale hochgradige Verfestigung des Herzens bei normalen Klappen und Kranzarterien. Gastrectasie. Doppelseitige Hydronephrose. Intramurales Myo-Fibrom des uterus, ausgedehnt vor der vorderen Cervicalwand. Die mikroskopische Untersuchung ergab, daß die normale Dickezeichnung des Herzmuskel vollständig untergegangen war; an Stelle derselben waren kleine Fettröpfchen getreten. Ferner ergab dieselbe starke Verfestigung der Mindenepithelien der Nieren und der Leberzellen. — Es handelte sich demnach um die anämische Form des Fettherzens (Ponstic). Die Entstehung derselben mußte zurückgeführt werden auf die wiederholten, profunden Blutungen, welche in Folge der Neubildung am cervix uteri erfolgt waren und zur hochgradigen Anämie geführt hatten. Es bildet dieser Fall eine prägnante Illustration zu den Versuchen Perl's, welcher fand, daß wiederholte reichliche Blutentzüge bei Hunden zur Verfestigung des Herzmuskel führen. Hämorrhagien, wie sie bei der progressiven perniciösen Anämie fast constant austreten, fehlten hier vollständig.

2) Der zweite Fall betraf einen 50jähr. Schäfer, welcher einer Verlegung wegen ins Hospital kam. Bei der Untersuchung fanden sich im Unterhautzellgewebe eine Menge von runden und ovalen, leicht berieblichen, elastischen Tumoren vor, welche für Cysticerken gehalten wurden. Patient, darüber bestagt, gab an, daß er dieselben vor 15 Jahren zuerst bemerkte hätte. Damals hätte er einige Tage rheumatoide Schmerzen gehabt. Seitdem wären sie unbedeutend geblieben und hätten ihn nicht weiter belästigt. — Die Verlegung war tödlich; bei der Obduktion fanden sich Cysticerken in einer Zahl, wie sie bis jetzt kaum beobachtet sind. Dieselben hatten ihren Sitz im Unterhautzellgewebe und intermuskuläre Bindeg

Die Typhusen waren nirgends verloren, auch zeigten sich in ihrer Umgebung nirgends Reizerscheinungen. — Dieser Fall ist bemerkenswert durch das Fehlen jedes Symptoms von Seiten des Centralnervensystems, trotz der großen Menge der Kinder und ihres Sitzes an Orten, wo schon kleine Accidentia große Funktionstörungen hervorzuufen pflegen. Die Intelligenz des Kranken war bis zu seinem Tode durchaus ungestört gewesen.

Der dritte Fall betrifft einen 42-jähr. Hörderknecht, welcher seit Neujahr 1873 an unregelmäßigen, nach 4, 5 und 6 tägigen Intermissionen wiederlebenden Fieberanfällen litt. Während der Apyrexien war ein leidliches Wohlbefinden vorhanden. Zeitsweise blieb das Fieber längere Zeit verschwunden, bis es im Sommer 1874 mit verstärkter Heftigkeit wiederkehrte, und dies Mal von intensiven Schmerzen im rechten Hüftgelenk begleitet war. Einer angeblichen Coryza wegen kam er ins Hospital, wo ein hohes, intermittierendes, in unregelmäßigen Intervallen wiederkehrendes Fieber und ein großer, harter, schmerzhafter Milztumor constatirt wurde. Eine Hüftgelenksaffection wurde ausgeschlossen. Nach großen Chirurgenoperationen blieben die Fieberparoxysmen anfangs fort, um später immer häufiger zu werden. Allmählich ging das Fieber in eine continua remittens mit sehr hohen Abendtemperaturen über. Auftreten von herpes fac. et nas. Urin normal. Im Febr. 1875 begann eine schmerzhafte Affection des rechten Arms, bes. im Elbgelenk, und erneute Schmerzen im Hüftgelenk traten ein. Der rechte Vorderarm schwoll an, röthe sich, ohne Fluctuation darzubieten. Patient klagte über Kurzatmigkeit, Siechen und Husten, ohne daß die physik. Untersuchung Anhaltspunkte dafür ergeben hätte. Bald darauf zeigte sich noch ein leicht papuloses, central gelb gefärbtes und mit hämorrh. Hof umgebenes Exanthem auf dem rechten Arm; es traten Delitri auf, und Mitte des Monats erlag der Patient seinen mehr als 2 jähr. Leiden. — Die Section ergab außer den Veränderungen, wie sie bei sämmtlichen Infektionskrankheiten vorkommen (trüber Schwellung der parenchym. Organe, Milztumor, Hämorragien) noch folgende, diesem Fall eigenhümliche: Circumscripte Herbe, von hämorrh. Höfen umgebene Knoten von röthlich-grauer bis gelblich-weißer Farbe, welche in der Haut und Muskulatur des rechten Arms, in beiden Lungen und der Milz ihren Sitz hatten. Dieselben waren meist derb und dicht, z. Th. im Stadium der Erweichung. Mikroskopisch bestanden sie aus einer kleingeligen Wucherung und vielen freien Kernen. Innerhalb der Lungen sahen sie in den Alveolen der Art, daß überall die normale Lungenumstruktur deutlich erhalten war. Es handelte sich demnach um einen Fall von chronischem Stof mit Knoten und rohiger Lobulärpneumonie, dessen Beginn bis zum Anfang des Jahres 1873 zurückdatiert werden muß. Besonders Interesse verdienen die beständigen Coxitis vorläufigen Schmerzen im Hüftgelenk, wofür die Section kein anatomisches Substrat ergab.

Freund, Gschieden.

Breslau, 8. Mai. [Eine Verstellungskünstlerin.] Die unberechnete E. P. steht unter der Anklage der wissenschaftlich falschen Ausbildung und des einfachen Diebstahls vor der Criminal-Deputation des Stadtgerichts. Sie wohnte im Februar d. J. mit ihrer Schwester und dem Arbeiter Förster zusammen, und war am 3. jenes Monats allein mit dem 4jährigen Kind der Schwester zu Hause geblieben. Als Letztere des Abends mit Förster nach Hause kam, stand die Wohnung offen und die E. P. lag beunruhigtlos und an Händen und Füßen gefesselt, um den Hals eine Schürze gewickelt und an einer Bettstelle angebunden, am Boden. Aus dem offenen Kleiderschrank waren die Kleider beider Schwestern und aus der Bettstelle die Betten nebst Bettwäsche ausgeräumt. Im Zimmer saß sich ein fremder Saat vor. Förster zerschnitt die Hand- und Fußsehnen, und brachte die Bewußtlose, die trock beständigen Rütteln nicht zu sich kam, zu Bett, wo sie nach langerem Zeit aufwachte. Anfanglich schien sie noch ganz unmächtig und erzählte nur in ganz abgerissenen Worten, daß sie von zwei Männern und einem Frauenzimmer gefesselt und deraubt worden sei. Zuletzt habe ihr einer der Männer noch den Inhalt eines Flaschens in den Mund gegossen, und sie sei darauf ganz betäubt worden. Nach ihren Angaben hatte der eine der Männer einen schwarzen Badenbart, der andere einen großen dunklen Schnurrbart. Die Polizei, welcher der Vorfall gleich gemeldet wurde, sah gegen zwei ihr bekannte nahe wohnende Personen, Leuschner und Thomas und die Schwester des Letzteren, Verdacht, stellte sie der E. P. gegenüber und nahm sie, da die Letztere sie mit aller Bestimmtheit als die Männer recognoscirte, inhaft. Diese hingegen bestritten lämmisch, je in der Wohnung der P. gewesen zu sein und die ihnen zur Last gelegte That verübt zu haben. Auch im gerichtlichen Termine beschuldigte die P. die Verhafteten; doch mußte die Verhandlung, bevor sie vereidigt wurde, abgebrochen werden, weil sie erklärt, unwohl zu sein. Nachdem sie hierauf mehrmals vergeblich aufs Neue vorgeladen war, während die Beschuldigten noch immer in Haft waren, machte sie endlich am 11. März sehr unsichere, teils sich selbst, teils den früheren Auslösungen widersprechende Angaben, was sie damit entschuldigte, daß sie ein schwaches Gedächtnis habe und sich nicht mehr deutlich auf Alles erinnere, so daß sie der Untersuchungsrichter unverzagt wieder entließ. Um dieselbe Zeit nahm sie von ihrer Schwester Abschied, um, wie sie angab, nach Hause zu fahren. Einige Tage später erschien in der Wohnung der Schwester der Schuhmacher Fischel und machte ihr folgende Eröffnung. Die E. P. und die unberechnete Bertha Gewand seien bei ihm auf Schatztruhe. Letztere habe nun bei der E. P. verschiedene Sachen, namentlich Schürzen, bemerkt, die sie als das Eigentum der Schwester derselben, bei welcher sie früher gewohnt hatte, kannte und dies sei der Gewand verdächtig vorgekommen, zumal sie von dem am 3. Februar verübten Diebstahl gehört habe. Die P. ging nun mit Fischel in dessen Wohnung und fand hier die Kleider, die angeblich ihrer Schwester gestohlen worden sein sollen, ferner ihre eigenen, und die Betten nebst Bettwäsche vor. Dies Alles hatte die E. P. dorthin mitgebracht. Natürlich wendete sich die Untersuchung jetzt gegen die E. P., während die unschuldig Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt wurden. Bei der demnach wiederum erfolgten Vernehmung der Angeklagten legte sie ein vollständiges Geständniß dahin ab, daß sie sich selbst gefesselt und an das Bett angebunden, dagegen die Hände sich von dem 4jährigen Kind ihrer Schwester sich habe binden lassen. Den Diebstahl habe sie ausgeführt, weil sie die Schwester habe verlassen wollen. Später widerrief sie dies Geständniß und kam auf die frühere Erzählung von den fremden Räubern durchweg zurück, gab aber zu, die ihr vorgestellten Personen nicht bestimmt wiederkannt und dennoch als die Thäter unbedingt bezeichnet zu haben. Die Schwester sowohl als Förster erklärten, daß ihre Hände mit starkem Bindfaden fest gebunden gewesen seien. Das Kind, befragt, ob sie die Angestellte gebunden, habe dies verneint und erzählt, daß dies zwei fremde Männer gethan hätten. — Der Herr Staatsanwalt Dr. Trüsemann hielt schon durch den Umstand, daß die Angeklagte über den Erwerb der bei ihr vorgefügten, angeblich von Fremden geräubten Sachen keine Auskunft gegeben hatte, die Täterschaft derselben für erwiesen. Es sei klar, daß weder sie selbst noch das Kind ihre Hände gefesselt habe; dies seien vielmehr offenbar diejenigen Männer gewesen, deren sie sich zum Diebstahl als Helfer bedient habe, denn allein habe sie offenbar die Sachen nicht fortgeschafft. Er beantragte, daß beide ihr zur Last gelegten Straftaten schuldig zu sprechen und sie zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Chorverlust zu verurtheilen, auch der ursprünglich zu Unrecht Verfolgten das Recht zuzusprechen, den Erkenntnistest auf Kosten der Angeklagten zu veröffentlichen. — Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Chorverlust, sprach sie dagegen von der Anklage der wissenschaftlich falschen Denunciation frei. Er begründete dies damit, daß die Angeklagte ihre falschen Angaben zunächst nicht dem zuständigen Beamten, sondern ihrer Schwester und dem Förster gemacht hätte, die ihrerseits erst die Anzeige erstattet hätten. Bei ihrer Vernehmung habe sie dann nicht mit denjenigen freiwillig wissenschaftlich die falsche Beschuldigung gemacht, die zum Verhafte des § 164 des Strafgesetzbuchs gehöre.

Breslau, 11. Mai. [Angekommen.] Se. Excellenz Kamische, Gen. Lieutenant nebst Diener aus Berlin. (Fremdenbl.)

[Der Tumult in Königshütte.] Schon in der heutigen Morgen-Nummer (213) brachten wir einen Bericht über tumultuarische Austritte in Königshütte, denen offenbar abschreckliche Hezereien zu Grunde liegen. Nachstehend lassen wir zwei weitere Correspondenzen aus Königshütte folgen:

Königshütte, 10. Mai. [Tumult.] Heute morgen fanden mehrere Lehrer beim Eintritt in ihre Lehrzimmer auffallend wenig Schüler in denselben. Auf die Frage nach dem Grunde dieser Ercheinung sagten einige Kinder aus, daß die Lebendigen deshalb nicht gekommen seien, weil ihnen gesagt worden sei, Kaminski komme heut in die Schule und werde die Kinder veranlassen, zur altkatholischen Kirche einzutreten. Bald darauf erschienen mehrere Weiber, die unter irgend einem Vorwande ihre Kinder mit nach Hause nehmen wollten. Da die Lehrer hierauf ablehnende Antwort ertheilten, drang ein Haufe Frauen und Männer theils durch Thüren, theils durch Fenster in die Klassen und schleppete buchstäblich die Jungen heraus. Jede Vorstellung seitens der Lehrer half nichts; sie blieben dabei, daß Kaminski in der Schule sei, und die Kinder durch Unterchrift ihren Lehrer zur altkatholischen Kirche erklären sollten. Die bald darauf herbeigeeilte Polizei und einige Mann Infanterie waren nicht im Stande die Aufgeregten zu beruhigen; es mußten Ulanen zur Stelle geschafft werden, die die Hause auseinander jagten. Mehrere Weiber und Männer wurden verhaftet.

Königshütte, 10. Mai. [Aufmarsch.] Heute morgen 1/2 Uhr sammelten sich vor dem katholischen Knaben- und Mädchen-Schulgebäude auf der Kronprinzenstraße große Hause Weiber und auch Männer an. Es hatte sich unter dieser Masse das alberne Gerücht verbreitet, der alt-katholische Pfarrer Kaminski aus Kattowitz käme in diese Schulen, um die Kinder für den altkatholischen Religionsunterricht einzuschreiben. Als die Zahl der Weiber immer mehr zunahm, wurden die um das Seelenheil ihrer Kinder geängstigten Mütter beherzt und drangen namentlich in die Klassenräume der Mädchenschule mit Gewalt, in das sie fingen sie sogar durch's Fenster und verlangten stürmisch ihre Kinder heraus. Da die Herren Lehrer sich nicht in den Willen der erbosten Mütter fügen wollten, nahmen diese ihre Lieblinge aus den Bänken und schoben sie zur Thür hinaus. Da sich auch nichts Gutes verprechende Männergesichter in den Thüren und Hausfluren bliden ließen, so blieb den Lehrern in den fünf Parterre gelegenen Klassen nichts übrig, als die Mädchen zu entlassen, da es sonst leicht zu Gewaltthärtigkeiten gegen dieselben hätte kommen können. Der unterdessen erschienene Chef der Polizei, Herr Bürgermeister Bödker, ermahnte die erbosten Müttern zum Nachhausegehen, doch umsonst, und da auch die Polizei nicht im Stande war, die Straße zu säubern und die Ansammlungen zu hindern, erschienen bald Militär-Patrouillen. Ulanen und Infanterie trieben die Müttern auseinander. Mehrere Verhaftungen, meist Weiber, wurden vorgenommen. Dieser Vorfall zeigt wieder, wie notwendig für biese Stadt eine Militärfestung ist.

Hoffentlich wird es diesmal gelingen, die eigentliche Quelle dieser abenteuerlichen, aufregenden Gerüchte zu entdecken.

[Aus Görlitz] meldet die „Niederl. Zeit.“: „Unter den mit dem Dampfer „Schiller“ Verunglückten, befindet sich auch eine Familie, deren Reiseziel Görlitz war. Der Consul Herr Wilhelm Bach aus Havanna hatte in der Absicht, einen ihm bewilligten Erholungsaufenthalt zu benutzen, um nach langjähriger Abwesenheit in Amerika seine hier wohnenden Angehörigen wiederzusehen, mit Frau und Kind den Dampfer „Schiller“ in New-York bestiegen. Er befand sich leider nicht unter den Getöteten. Auch in dem Bezeugnis aufgefahrene und ebenfalls umgekommenen Frau Marie Hesse aus Brooklyn befand sich auf einer Besuchskreise nach Görlitz und wurde von einem Angehörigen, der sie hierher geleiten sollte, in Hamburg erwartet.“

* Ostau, 9. Mai. [Verkauf verfälschter Wachs.] — Nachgemachter Stempel.] Ein biefiger Fabrikant wurde im vorigen Jahre von einem Handelsmann mit gefälschtem gelbem Wachs betrogen. Am 8. d. M. erschien bei demselben wiederum 2 Handelsleute und boten ihm gelbes Wachs zum Kauf an. In einem der Leute glaubte er bestimmt Denigen zu erkennen, von dem er d. J. mit dem Wachs betrogen worden war. Um sich zu überzeugen, ob das angebotene Wachs rein sei, zerschlug er eine der ihm vorgelegten Scheiben, wobei sich herausstellte, daß dies nicht der Fall war. Er machte hierüber den Handelsleuten seine Bemerkung und als er diesen auch seinen Verdacht mitteilte, daß er glaube, von einem derselben bereits in vor. Jahre Wachs gelaufen zu haben, welches verfälscht gewesen und aufwerte, nach der Polizei senden zu wollen, packten dieselben eiligst ihre Waare zusammen und ergingen die Flucht. Der Polizei wurde hiervom Anzeige gemacht, von dieser ermittelt, daß die Handelsleute den Weg nach dem Bahnhof eingeschlagen, dieselben dort auch betroffen, als sie im Begriff waren, Billets nach Breslau zu lösen, hiervom jedoch abgehalten und in's Polizeibureau zurückgebracht. Hierauf wurde noch ermittelt, daß an mehreren Stellen das Wachs zum Kauf angeboten und daß hiervom von einem Geschäftsmann etwa 1/2 Centner behandelt und bei ihm zurückgelassen worden war. Da indeß in Folge des stattfindenden Wochenmarkts ein reger Geschäftsvorlehr stattfand, wurde der Verkäufer angewiesen, sich den Betrag (über 60 M.) am Nachmittag abzuholen. Dessen ungeachtet hatten die Handelsleute es für geraten gehalten, dies Geld zurückzulassen und lieber abreisen zu wollen, als sich des entdeckten Betruges überführen zu lassen. Die sofort angeordnete Untersuchung des Wachs ergab, daß dasselbe etwa 1/4 Harz enthält. Über den Erwerb der Waare, sowie über die beabsichtigte beschleunigte Abreise werden von jedem sehr verschiedene Angaben gemacht.

Am selben Tage wurde hier auch ein Individuum verhaftet, bei welchem außer mehreren gefälschten Legitimationspapieren ein nachgemachter Stempel mit der Firma „Polizei-Verwaltung Sorau“ vorgefunden und ihm abgenommen wurde.

tz. Brieg, 10. Mai. [Theater und Tiroler Sänger.] — Vom Gymnasium.] Das gestern von Mitgliedern des Breslauer Stadt-Theaters hier gegebene Ensemble-Gaftspiel gab auch uns Gelegenheit Spielhagens „Liebe für Liebe“ in der Besetzung der Rollen kennen und bewundern zu lernen, in der das Stück in der Hauptstadt einen so durchschlagenden Erfolg erzielte. Natürlich konnte derselbe dem Stütze auch hier nicht fehlen; aber er fehlte der Kasse. Das schönste Frühlingsstück, das sehr beliebt Stiftungsfest der Rose, namentlich aber wohl die hier ungewöhnlich hohen Preise hatten leider einem vollen Hause entgegengewirkt, so daß der Besuch ein sehr mäßiger war. Hoffentlich bringt uns dieser Mißerfolg aber nicht um die Bemühung der Aussicht auf noch einige Gaftvorstellungen. — Glücklicher war die Klainerische Tiroler Sängergesellschaft, bei der wie in Breslau der Besuch sich von Abend zu Abend zu steigerte, daß am letzten eben jedes Bühnen in unerem gut acustischen Schauspielhaus besetzt war. Wie verlautet, will Herr Rainer an noch zwei Abenden hier concertiren. — Wie an mehreren Gymnaten bereits seit einiger Zeit geübt, wird von jetzt ab auch an dem biefigen, dem Wunsche des Synagogenvorstandes willhabend, den jüdischen Schülern Religionsunterricht ertheilt. Herr Religionslehrer Lieberman gibt denselben den in 2 Abtheilungen gruppirten Schülern in wöchentlich je 2 Stunden des Mittwochs und Sonnabends Nachmittag.

+ Nossen bei Constat. 8. Mai. [Festliches.] Der 6. Mai d. J. das Himmelfahrtstfest, war für die biefige evangelische Gemeinde ein Tag hoher Freude und wird ihr unvergänglich bleiben. An demselben wurde ein kostbares Gnadenbild Sr. Majestät des Kaisers und Königs durch gemeinschaftliche Feier des heil. Abendmahl's der polnischen und deutschen Gemeinde geweiht. Dieses Geschenk besteht in einem kostbaren silbernen, inwendig stark vergoldeten Abendmahlsschale nebst eben solcher Patene. — In der biefigen evang. Kirche war seit 1788 eine durch den General von Eben und Brunnen im Feldzug gegen Holland 1787 erbeutete große Fregatten-Flagge aufbewahrt, die der genannte General, Erbauer und Patron der lebigen Kirche, damals als Eigentum erhalten hatte. Diese Flagge war auf allerhöchsten Wunsch Sr. Maj. dem Kaiser und König Wilhelm überlassen worden und befindet sich jetzt im Berliner Zeughaus. — Für die Bereitwilligkeit, mit welcher Patron und Gemeinde-Kinderath diese Trophäe cedirten, hat Sr. Majestät die genannte Gegengabe gesendet. Der Königliche Superintendent Kölling, durch welchen das Kriegsministerium mit Patron und Gemeindevertretung unterhandeln, war am Himmelfahrtstage erschienen, um der Kirchengemeinde Nossen die Gabe kaiserlicher Huld amlich zu übergeben. Das geschah vor dem Altar mit gebieger Ansprache zu Händen des derzeitigen Pastors D. Michael, der kostliche Gabe im Namen der Gemeinde unter Segenswünschen für Sr. Majestät entgegennahm. Die Gemeinde befehligte sich zahlreich an der Abendmahlssfeier, bei welcher die Gaben zum ersten Male in Gebrauch genommen wurden. Am Schlusse des Gottesdienstes wurde eine Dankadresse an Sr. Majestät von den Gemeindegliedern unterschrieben und durch den Superintendenten nach Berlin abgeschickt.

8 Tarnow, 10. Mai. [Conferenz.] In der am Sonnabend Nachmittag 5 Uhr anberaumten Frühjahr-Conferenz verlas der königliche Kreis-Schulen-Inspector Sobotta den aus dem Kreise versammelten Lehrern verschiedene Verfüllungen und beziehungswise Bekanntmachungen der königlichen Regierung zu Oppeln. Der Inhalt des Mitgetheilten ist folgender: „Jeder Lehrer, welcher sich vor dem 25. Lebensjahr vom Schulische verabschiedet, kann zum dreijährigen Militärdienst herangezogen werden. — Die Bade-Direction zu Cudowa bei Glatz ist ermächtigt, in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni und vom 15. August bis ultimo September Lehrer frei Badelizen zu geben. — Die Inspektion der Schulen aller Confessionen im diesseitigen Bezirk ist dem Regierungs- und Schulrat Schylla übertragen worden. Was den Religionsunterricht anbelangt, so ist bei der jedesmaligen Inspektion mehr auf die Art und Weise, wie der Religionsunterricht ertheilt wird, zu achten. — Der Geistliche hat den Religions-Unterricht zu leiten, sofern ihm die Befugnis hierzu von Seiten des Staates nicht abgesprochen wird. Im Übrigen ist aber der Lehrer verpflichtet, den Religionsunterricht zu ertheilen, zumal letzterer obligatorischer Unterrichtsweg ist. — Für die Entlassung der Schüler ist nur das Alter maßgebend, nicht die zeitige oder spätere Confirmation. Das 14. und nur in Ausnahmefällen das 13. Lebensjahr berechtigt den Schüler zum Abschluß. Durch kirchliche Functionen ist der Schulunterricht durchaus nicht zu beeinträchtigen. Wo dies dennoch der Fall sein sollte, dann ist die Trennung der beiden Lehren anzustreben. — Schriftliche Arbeiten haben in den Zeiträumen von 8 zu 8 Wochen nicht nur die Lehrer anzufertigen, welche die zweite Prüfung noch nicht bestanden, sondern auch solche, denen die Fortbildung empfohlen werden muß. — Zur General-Conferenz kommt zur Behandlung die Schuldisciplin, weswegen die Besprechung dieses Themas im Interesse der Debatte schon in den Nebenconferenzen erwünscht ist. — Bei Besuchen ist der gewöhnliche Instanzenweg

inne zu halten, also vom Local zum Kreisschulen-Inspector. — Der Vorstand der deutschen anthropologischen Gesellschaft hat durch die Königliche Regierung an die Lehrer sämmtlicher Unterrichts-Anstalten das Gesuch gerichtet, im Interesse der ethnologischen Wissenschaft die Haut-, Haar- und Augenfarbe der Schüler nach einem dazu verabredeten Schema anzugeben. — Zum Schlusse teilte der Vorstand mit, daß im Kreise 5988 Kinder von 46 Lehrern unterricht werden, daß also auf einen Lehrer im Durchschnitt 130 Kinder kommen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Berlin, 11. Mai, Morgens. Der „Nationalzeitung“ zufolge ist der seitige Stadt-Schulrat Hoffmann einstimmig zum Director des „Grauen-Kloster-Gymnasiums“ gewählt worden; derselbe nahm die Wahl definitiv an. Die königliche Bestätigung wird demnächst nachgesucht werden.

Pest, 10. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm die Gesetzestwürfe, betreffend die Regelung der Nordostbahn-Angelegenheit und Erhöhung der Zinsgarantie für die ungarisch-galizische Eisenbahn an, und begann die Generaldebatte über die Vorlage der Vollmachtsertheilung zur Regelung notleidender Bahnen. Apponyi beantragt die Ablehnung; der Minister des Innern vertheidigte die Vorlage.

Genf, 10. Mai. Der Staatsrat des Kantons Genf hat entgegen dem betreffenden Beschuß des Gemeinderaths verfügt, daß die Kirche in Meyrin den Altkatholiken bewilligt werde.

London, 10. Mai, Abends. Bourke erklärte auf die Frage Macarthur: Mac Mahon habe die schiedsrichterliche Entscheidung in dem portugiesisch-englischen Besitzstreite über die Territorien am Golfe von Goa noch nicht abgegeben; dieselbe sei binnen vier bis sechs Wochen zu erwarten und werde dann sofort dem Parlament mitgetheilt werden. Dilke kündigt für morgen eine Interpellation an, ob Deutschland wegen der Neorganisation der französischen Armee eine Note an Frankreich richtete.

Plymouth, 10. Mai. Von den geretteten Passagieren und Mannschaften des „Schiller“ sind gestern Abend 32 Personen hier eingetroffen und, da die „Pomerania“ bereits Nachmittags 2 Uhr die Heimreise angetreten hatte, hier geblieben. Nach den Berichten der Getöteten war Capitän Thomas drei Tage lang, bevor der Unfall sich ereignete, außer Stande, irgendwelche astronomische Beobachtungen anzustellen und deshalb unermüdlich mit Senkreiver suchen beschäftigt. Als man sich dem Lande näherte, befand sich der Capitän auf der Brücke und ließ mit halber Kraft fahren, er glaubte sich jedoch mehrere Meilen von den Scilly-Inseln entfernt. Der Nebel war außerordentlich dicht und das Schiff stieß auf Klippen, ehe irgend eine Gefahr befürchtet wurde. Es wurden Versuche gemacht, die Boote flott zu machen, aber mit Ausnahme von zwei Booten, die auch die Insel Tresco erreichten, wurden die übrigen entweder von dem festigen Wellenschlag zerschellt oder umgeworfen. Der erste Bootsmann, Simon Jansen, machte mit 4 Mann ein Boot flott und ruderte landwärts, um sich über das Ufer zu orientieren, er gelangte in das Licht von Bishop's-Leuchtturm, hörte die Nebelglocke und kehrte, da er sich von der Unmöglichkeit einer Landung überzeugte, nach dem gesunkenen Schiff zurück. Auf dem Wege dahin wurde der zweite Steuermann und 10 Männer, sowie eine Person vom Wrack eines Schiffesrettungsbootes, das sich in sinkendem Zustande befand, von dem Boote aufgenommen. Man ruderte seewärts, blieb dort bis Tagesanbruch und ruderte alsdann nach Tresco, wo gleichzeitig auch ein zweites Boot mit weiteren 10 Männern ankam. Capitän Thomas wurde 3 Uhr Morgens von der Brücke über Bord gewaschen, ein Schornstein wurde Morgens um 4 Uhr fortgerissen, beide Masten standen noch, eine große Anzahl von Personen befand sich in den Raen. Um 5 Uhr Morgens wurde der Hauptmast fortgerissen, zwischen 6 und 7 Uhr der Vordermast, auf dem sich der erste und vierte Steuermann befanden. Nachdem das Quartierdeck fortgerissen war, ging das Schiff rasch in Stücke. Die geretteten Passagiere spenden dem Capitän hohes Lob wegen seiner sorgfältigen treuen Pflichterfüllung vor dem Eintreten des Unfalls und wegen seiner mutigen Bestrebungen zur Rettung von Menschenleben, nachdem das Unglück geschehen war. — Von den Postbeuteln sind bis jetzt nur 56 geborgen worden.

Scilly, 10. Mai, Nachmittags. Bis Mittag sind keine Schiffbrüche mehr gerettet. Die See geht zu hoch, um das Wrack zu erreichen. Die Fischer berichten, daß das Wrack anscheinend fest auf dem Felsen sitzt, und daß keine Gefahr vorhanden ist, daß dasselbe in dieses

Wechsel-Course.

Amsterdam	100Fl.	8 T.	3½	17,20 ba
do.	do.	2 M.	4	17,15 ba
Augsburg	100 Fl.	2 M.	4	—
Frankf.-M. 100Fl.	8 T.	4½	—	
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	—	
London 1 Lst.	3 M.	3½	20,42 ba	
Paris 100 Frs.	8 T.	4	81,75 ba	
Petersburg 100Rfl.	3 M.	5½	27,10 ba	
Warschau 100SR.	8 T.	5½	28,40 ba	
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	183,70 ba	
do.	do.	2 M.	4½	182,30 ba

Fonds- und Gold-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½%	—	—	
Staats-Anl. 4½%ige	4½%	—	—	
do. consolid.	4½%	105,60 ba		
do. 4%	4	98,40 ba		
Staats-Schuldcheine	3½%	99,60 ba		
Präm.-Anleihe	1855	136,50 ba		
Berliner Stadt-Oblig.	4½%	102,50 ba		
Berliner Pfrndbr.	4½%	101,20 ba		
Pommersche	3½%	86,50 ba		
Posenische	3½%	94,50 ba		
Schlesische	3½%	85,40 ba		
Kur. u. Neumärk.	4	98,00 ba		
Pommersche	4	97,40 ba		
Posenische	4	96,70 ba		
Preussische 4% Anleihe	4	97,00 G		
Westfäl. u. Rhein.	4	97,90 ba		
Schlesische	4	97,85 ba		
Badische Präm.-Anl.	4	118,00 ba		
Bayerische 4% Anleihe	4	118,00 ba		
Görl.-Mind. Prämienisch.	3½%	107,50 ba		

Kurh. 40 Thlr.-Loose	237,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose	123,50 B
Braunschw. Präm.-Anleihe	73,75 B
Oldenburger Loose	132,00 B

Louisd. — d. —	Freund.Bkn. 99,80 ba
Ducaten 9,65 etbz	Oest. Bkn. 184,15 bz
Bover. 20,55 G	do. Silbergld. 193,40 bz
Napoleons 16,35 B	do. ¼-Guld. —
Imperials 16,80 G	Russ.Bkn. 282,00 bz
Dollars 4,22 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partia Obl.	5	102,90 ba
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp. B.	4½%	100,50 ba
Deutsche Hyp.-Pfd. B.	4½%	95,75 G
Kündbr. Cent.-Bod. Cr.	4½%	100,40 ba
Unkund. do. (1872)	5	103,00 ba
do. rückbz. à 110	5	104,40 ba
do. do. do. 4%	5	106,50 ba
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd. B.	5	103 G
do. III. Em. do.	5	101 ba
Kündbr. Hyp.-Schuld. do.	5	99,90 G
Hyp. Anth. Nord.-G. C. B.	5	101,50 ba
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	105,50 ba
Goth. Präm.-Pt. I. Em.	5	111,00 ba
do. 5%Pf. rckzbl.m10	5	103,75 bz
do. 4% do. do. 110 4%	5	96,75 bz
Meiningers Präm.-Pfd.	4	100,40 bz
Oest. Silberpfandbr.	5	59 G
do. Hyp.Crd.Pfdbr.	5	60 G
Pfd.b.d.Oest.Bd.-Cr. Ge.	5	88,50 G
Schles.Bodenkr.Pfdbr.	5	101,00 B
do. do. 4%	5	96,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	102,50 G
Wiener Silberpfandbr.	5½%	53 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4½%	68,25 etbzB
do. Papierrente	4½%	83,39 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	111,40 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	114,50 bzB
do. Credit-Loose	—	349,50 bz
do. 64er Loose	—	302,09 bz
Russ. Präm.-Anl. V.	64	179,60 ba
do. do.	1866	172,50 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	91,80 ba
Russ. Pol. Schatz-Obl.	5	88,50 bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	70,30 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	104,20 bzB
Amerik. rückz. p.1881	6	102,58 bzB
do. p.1886	6	99,10 bzB
do. 5% Anleihe	5	70,40 G
Ital. neue 5% Anleihe	5	99,80 bzG
Ital. Bod.-Ölbg.	6	83,50 G
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	83,50 G
Baumärkische Anleihe	8	105,20 bz
Türkische Anleihe	5	42,0 etbzG
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	76,40 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	39 B	
Türken-Loose	101,00 etbzB	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	4½%	99,50 G
do. Illv-St.3½%	3½%	84,00 G
do. do.	VII. 4½%	98,50 B
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 bz
Berlin-Görlitz	5	102,50 G
do. Breslau-Freib.	4½%	97 G
do. do. H.	4½%	95,10 G
do. do. do. 4%	—	K94,25
Görl.-Mind.	III. 4	91,50 G
do. do. IV.	4½%	99,50 G
do. do. V.	4½%	91,30 G
Halle-Sorau-Guben	4½%	89,00 B
Hannover - Altenbeken	4½%	89,00 B
Märkisch-Posen	5	102 G
N.M. Staats. I. Ser.	96,00 G	
do. do. II. Ser.	95 G	
do. do. ObI-II.II.	96,10 G	
do. do. III. Ser.	95,50 B	
Obersches. A.	—	
do. B.	3½%	84,50 G
do. C.	3½%	93 G
do. D.	3½%	93 B
do. E.	3½%	85,00 G
do. F.	4½%	109,25 G
do. G.	4½%	99,00 G
do. H.	4½%	101,50 B
do. I.	4½%	103,90 B
do. von 1873.	4½%	99,50 bz
do. von 1874.	4½%	98,30 bz
Brieg.-Neisse	—	
Cosel-Oderbr.	4	92,50 G
do. Stargard.-Posen	4	103,75 G
do. do. II. Em.	4½%	99 G
do. do. III. Em.	4½%	99 G
do. Ndrschl.Zwg.	3½%	102,70 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,40 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½%	99,30 bz
Chemnitz-Komotau	5	44 G
Dux-Bodenbach	5	70,60 G
do. II. Emission	5	59,15 G
Prag-Dux	fr.	33,50 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	93,25 G
do. de. neue	5	92,30 B
Kaschau-Oderberg	5	75,60 bz
Ung. Nordostbahn	5	64,75 bzG
Ung. Ostbahn	5	61,70 G
Lemberg-Czernowitz	5	72,83 bzG
do. do. II.	5	76,60 bz
do. do. III.	5	69,50 bz
Mährische Grenzbahn	5	70,00 B
Mähr.-Schl.Centralbahn	fr.	—
do. neue	fr.	—
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	82,80 bzB
Oesterr.-Französische	3	322,25 B
do. do. neue	316,50 B	
do. südl. Staatsbahn	3	265,90 bzG
do. neue	325,20 bzG	
do. Obligationen	5	88,00 bzG
Warschau-Wien II.	3	98,30 bzB
do. III.	3	98,30 bzB
do. IV.	3	99,30 bzB
Bank-Discount 4 p.Ct.	—	
Lombard-Zinssatz 5 p.Ct.	—	

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1873	1874	ZL
Aachen-Maastricht	1½	—	28 B
Berg.-Märkische	1½	—	80,50-86 bz
Berlin-Anhalt	16	8½	108,75 bzB
do. Dresden</			